Umweltbewegung und Anti-AKW-Bewegung in der Schweiz

Universität Bern
Seminar: Macht und Mythen der 68er Bewegung
Paper: Renato Steck, David Kieffer

1. KURZE VORGESCHICHTE 3

2. DIE ENTSTEHUNG DER UMWELTBEWEGUNG IN DER SCHWEIZ 3

3. DIE UMWELTPOLITISCHEN AKTEURE DER 70ER UND 80ER 5
3.1 EINIGE AUSGEWÄHLTE AKTEURE 5
3.2 ABRISS DER GESCHICHTE DER GRÜNEN PARTEI 6

4. DIE ANTI-AKW-BEWEGUNG IN DER SCHWEIZ 7
4.1. DIE SCHWEIZ UND DIE KERNENERGIE 7
4.1.1 Anfängliche Ambitionen 7
4.1.2 Schaffung gesetzlicher Grundlagen 7
4.2 WIDERSTAND GEGEN DIE ATOMKRAFT 8
4.2.1 Übersicht 8
4.2.2 Vor 1969: AKWs allgemein akzeptiert 8
4.2.3 Die Jahre 1969 – 1975 8
4.2.4 Die Zeit nach 1975 12
4.3 FAZIT 14

5. ANHANG.....15
Tabelle 1: Eidgenössische Volksinitiativen der Anti-AKW-Bewegung 15

6. BIBLIOGRAPHIE 16

1. Kurze Vorgeschichte

Es war in der Schweiz kein Novum, als sich Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre Leute für den Umweltschutz einzusetzen begannen, neu war aber die Intensität, die Motivation vieler Mitstreiter und die Dynamik einer Bewegung. Gemäss Marco Giugni kann man die gesamte Naturschutz-Bewegung in drei Richtungen unterscheiden: (1) Die erste Richtung widmet sich einzig dem Schutz und Erhalt der Umwelt. Sie war auch schon vor 1968 das Terrain der Umweltverbände wie dem Schweizerischen Bund für Naturschutz (SBN - seit 1909), dem Heimatschutz (seit 1905) oder dem WWF (seit 1961) gewesen. Die zweite Richtung ist die politische Ökologie, mit der wir uns vorderhand auseinandergesetzt haben. Sie bedient sich neuer Protestformen (Bsp. Greenpeace), bezieht die Bevölkerung aktiv mit ein und wird nach Meinung von Markus Furrer gekennzeichnet durch 3 prägende Merkmale.(2)

Ihre Bewegung bearbeitet gemäss René Levy "Altneuland"(3), d.h., dass sich in der Schweiz nach 1968 ein neuer Kreis von UmweltschützerInnen mehrheitlich mit Themen auseinandersetzt, die schon vorher aktuell gewesen sind. Allerdings kommen zu den alten Themen wie Luftverunreinigung, Lärmimmission, Erhaltung von Fluss- und Seenlandschaften und Tierschutz durchaus auch neue, wie bspw. Fragen der Raumplanung oder des Landschaftsschutzes, hinzu. Sie entsteht als Antwort einer neuen Generation auf vorher nicht wahrgenommene oder dagewesene Gefahrendimensionen. (Ulrich Beck)(4) Erst nach 1968 hat die Umweltbewegung damit begonnen, Umwelt- mit Gesellschaftsfragen zu verknüpfen. (Karl-Werner Brand)(5) Die dritte Richtung bezeichnet Giugni schlicht als „umweltbewusst“. Sie hat sich von der Ideologie der 60er und 70er Jahre gelöst und strebt innerhalb des politischen Systems pragmatische Problemlösungen an.

2. Die Entstehung der Umweltbewegung in der Schweiz

Die Umwelt- bzw. Ökologiebewegung war eine der sogenannt neuen sozialen Bewegungen, die sich unter dem Eindruck der 68er -Ereignisse neu gebildet beziehungsweise etabliert haben. Unter ihrem Namen fassen wir alle Gruppierungen und Parteien zusammen, die sich speziell der Umweltproblematik angenommen haben. Sie befassten sich allesamt mit den Grenzen des Wachstums, z.B. bei industriellen Grossprojekten wie Atomkraftwerken. Die allgemeine Missstimmung und Politikverdrossenheit und vor allem ein Wertewandel, den viele Menschen angesichts einer - subjektiv und objektiv - wachsenden Umweltbedrohung vollzogen hatten, waren bei ihrer Entstehung sicher hilfreich. Die vielfältigen Folgeprobleme der Modernisierung wie zum Beispiel die Ausbeutung der Natur oder das Elend in der dritten Welt hatten sich gemäss Karl-Werner Brand zu unzumutbaren Belastungen verdichtet.(6)
Das anhaltende Wirtschaftswachstum - in der Schweiz verdreifachte sich das Bruttosozialprodukt von 1948 bis 1974 - ging nicht zuletzt auf Kosten einer intakten Umwelt. Eine sogenannte neue Mittelschicht, die sich aus meist akademisch gebildeten Personen aus dem Dienstleistungssektor wie Sozialarbeitern oder Ärzten zusammensetzte, zeigte sich laut Brand

1- Giugni, Marco/ Passy, Florence: Zwischen Konflikt und Kooperation. Die Integration der sozialen Bewegungen in der Schweiz, Zürich 1992, S. 107ff.
2- Furrer, Markus: Die neue Opposition in der Urschweiz in den 1970er und 1980er Jahren, Zürich 1992
3- Levy, René: Politische Basisaktivität im Bereich der Umweltproblematik, in: Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft, Bd. 21, Bern 1981, S. 10.
4- Beck, Ulrich: Gegengifte. Die organisierte Unverantwortlichkeit, Frankfurt/Main 1988.
5- Brand, Karl-Werner: Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik, Frankfurt/Main 1983, Seite 252f.
6- Brand, Frankfurt/Main 1983, Seite 27f.

sensibilisierter auf die Folgen dieses grenzenlosen Wachstums.(7)
Der Sinneswandel der Naturschützer lässt sich, so die vorherrschende Interpretation, als Lernprozess beschreiben, der vom Genfer Historiker François Walter als die "Wende der siebziger Jahre" bezeichnet wird.(8) So waren bspw. bis in die späten 60er Jahre praktisch alle Organisationen des Naturschutzes - namentlich auch der Schweizerische Bund für Naturschutz (SBN) - vehemente Verfechter der Atomenergie gewesen, vor allem vor dem Hintergrund, dass sie den Bau von weiteren Wasserkraftwerken überflüssig machen könnten. Atomkraftwerke sollten ein Nebeneinander von Technik und Natur ermöglichen.(9)
Nur ein paar Jahre später treten sie geschlossen gegen die Kernenergie auf, anfangs aus ästhetischen (≡ Landschaftsschutz), später aus Gründen des Gewässerschutzes und aufgrund des grossen Risikos.
Waren sie anfangs mit dieser Meinung noch klar in der Minderzahl - die grosse Mehrheit der Bevölkerung zog den modernen "Materialismus" dem naturschützerischen "Idealismus" vor(10) - begann sich die Bewegung mit den Jahren zu etablieren und konnte ihre Interessen vermehrt auch auf traditionellen politischen Wegen durchsetzen. So erreichten sie bei der Abstimmung über die "Atomschutzinitiative" 1979 einen Ja-Stimmen-Anteil von 49% und gemäss VOX-Analyse wäre die Initiative klar angenommen worden, wenn nicht viele Stimmbürger "ja" und "nein" verwechselt hätten.(11) Generell hatten Initiativen und Petitionen mit Umweltanliegen in den 70er und 80er Jahren Hochkonjunktur.(12)
Der grosse politische Erfolg hing auch damit zusammen, dass sich viele Anhänger des Umwelt-Gedankens von den bestehenden Parteien nicht mehr genügend vertreten fühlten. "*In den Augen vieler Wähler erscheint die Glaubwürdigkeit der traditionellen Parteien fragwürdig*", schreibt die NZZ 1977 in diesem Zusammenhang.(13)
Der Politologe Joseph Huber unterstreicht denn auch, dass Bewegungen wie die Frauen-, die Friedens- oder eben die Ökologiebewegung Ende der 1960er bzw. Anfang der 1970er Jahre nicht neu entstanden, sondern lediglich unter diesen veränderten Bedingungen erneut und verstärkt aufgetreten sind.(14)
Der Umwelt wurde plötzlich eine ganz neue Bedeutung zugemessen. Auch auf semantischer Ebene war es eine Zeit des Umbruchs, hatte sich doch innert weniger Monate im Jahre 1970 der Begriff Umweltschutz etabliert, während bis anhin von Immissions-, Natur- oder Schutz des Lebensraumes die Rede gewesen war.(15)
Aktionen im Namen der Natur, die es schon vorher gegeben hatte, haben in den späten 60er Jahren massiv zugenommen. Eine Vielzahl von Gruppierungen entstand, viele aufgrund punktueller Ereignisse wie dem Öl-Embargo der OPEC-Staaten im Jahre 1973, dem Seveso-Giftgasunfall 1976 oder dem Bau eines Kernkraftwerkes, andere setzten sich wie die Erklärung von Bern mit Aktionen wie „Jute statt Plastik“ (1976) in Szene. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch, dass die Anzahl von sogenannten Aktivierungsereignissen mit Umweltschutz-Hintergrund nicht wieder abgenommen, sondern sich auf dem hohen Niveau von 1970/71 stabilisiert hat.(16)

7- ebd., Seite 244.
8- Walter, François: Bedrohliche und bedrohte Natur. Umweltgeschichte der Schweiz seit 1800, Zürich 1996, S. 184.
9- Kupper, Zürich 2003, S. 131.
10- ebd., S. 134.
11- Vgl. Vox-Analyse Nr. 9, 1979.
12- Furrer, Markus: Die neue Opposition in der Urschweiz in den 1970er und 1980er Jahren, Zürich 1992, S. 47.
13- Zitat aus: Neue Zürcher Zeitung, 05. August 1977.
14- Huber, Joseph: Soziale Bewegungen, in: Zeitschrift für Soziologie, H. 6, Stuttgart 12/1988, Seite 424-435.
15- Kupper, 2003, S. 136.
16- Zwicky, Heinrich: Umwelt als Aktivierungsgrund. Politische Aktivierungsereignisse zu Umwelt-, Verkehrs- und Wohnfragen in der Schweiz, 1945 - 1989, Zürich 1993.

Lokale Grüne Oppositionsparteien begannen mit Aktionen gegen Atommülllager, Waffenplätze und Strassenprojekte erfolgreich auf Stimmenfang zu gehen. Sie entwickelten sich rasch auch in traditionell bürgerlichen Regionen zu ernst zu nehmenden oppositionellen Kräften.(17)
Das Thema Umweltschutz hatte sich in den Köpfen der Menschen festgesetzt. Wie Brüggemeier es in seiner Kapazitätsthese formuliert hat "*finden Probleme nur dann eine steigende Resonanz in Gesellschaft und Politik, wenn gleichzeitig in verschiedenen gesellschaftlichen Teilsystemen gewisseBearbeitungskapazitäten aufgebaut werden*". Sobald die "kritische Masse" erreicht ist, wird einem bestimmten Problem eine privilegierte Aufmerksamkeit zuteil. Um diese kritische Masse zu erreichen, bedarf es zuerst einmal einem wissenschaftlichen Diskurs zum Thema, dann muss das Problem von staatlichen Institutionen und sozialen Gruppierungen aufgenommen werden und auf diese Weise auf nationales Interesse stossen.(18)
Aus dieser Sicht hat die Umweltbewegung ein Teilziel sicher erreicht. Eine gewisse Orientierungslosigkeit in der Bevölkerung und die politischen Diskussionen über die Grundfesten der damaligen Gesellschaft haben vermutlich erheblich zu diesem Erfolg beigetragen. So konnte bspw. die Frage der Atomenergie oder eines Strassenprojekts nicht länger isoliert betrachtet werden, sondern sie entfachte eine Diskussion über die Grenzen des Wachstums und die Frage nach der künftigen Entwicklung der Gesellschaft.(19)
Die "fünf vor zwölf"-Szenarien, die in immer neuen Veröffentlichungen verbreitet worden waren, trafen genau den Nerv der Zeit. Je weiter sich die Umweltbewegung jedoch zu institutionalisieren begann, desto stärker wurde sie zu einer Interessengruppe.(20)

3. Die umweltpolitischen Akteure der 70er und 80er

Bei den in den 70er-Jahren aufkommenden lokalen grünen Gruppen vermischte sich oft das neomarxistische Gedankengut eines Teils der 68er-Bewegung mit der radikalen Zivilisationskritik der Ökologiebewegung.(21)
Begrifflich lassen sich diese Gruppierungen nur schwer einordnen, auch wenn wir sie im deutschsprachigen Raum oft unter dem Begriff "Grüne" subsumieren. Viele dieser neuen Bewegungen und Oppositionsparteien bezeichnen sich selber eher als "kritisch", "demokratisch" oder schlicht als "Liste". Zur besseren Koordination der alten und neuen Umweltgruppierungen wurde 1972 der sogenannte "Umweltclub" ins Leben gerufen, allerdings konnte man sich in diesem Club nur selten auf gemeinsame Verlautbarungen einigen, weil die gesellschafts- und umweltpolitischen Vorstellungen der einzelnen Mitglieder oft stark divergierten. In einzelnen Fragen wie z.B. der Atomenergie kam man sich aber kontinuierlich näher und war spätestens im April 1975, als das Baugelände des KKW Kaiseraugst besetzt wurde, unisono dagegen.

3.1 Einige ausgewählte Akteure

Im November 1973 war von Basler Jungsozialisten die Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst (GAK) ins Leben gerufen worden. Ihre Beweggründe gingen aber weit über das KKW Kaiseraugst hinaus, so forderten sie generell mehr Basisdemokratie und ein politisches Mitspracherecht für alle Bürger bei schwerwiegenden Entscheiden wie technischen Grossprojekten. Organisationen wie die GAK setzten auf gewaltfreien Widerstand und proklamierten ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum ohne übermässige Profitgier.
Von linker Seite erhielt die GAK Unterstützung von der Progressiven Organisation der Schweiz (POCH),der Partei der Arbeit (PdA), die versucht haben, der Debatte eine Klassenkämpferische Richtung zu geben und teilweise von der SPS. In der "Mitte" zählen der Landesring (LdU) und

17- Furrer, 1992, S. 28.
18- Brüggemeier, Franz-Josef: Tschernobyl, 26. April 1986: Die ökologische Herausforderung. 20 Tage im 20. Jahrhundert, München 1998, S. 191 f..
19- Kupper, 2003, S. 139.
20- Giugni, S. 134
21- Lübbe, Hermann: Der Lebenssinn in der Industriegesellschaft, Berlin/Heidelberg 1990.

kleinere liberalsoziale Parteien zu ihren wichtigsten Verbündeten und auf der rechten Seite. Schliesslich engagierten sich die Nationale Aktion und die Republikaner in der überparteilichen Bewegung gegen Atomkraftwerke (UeBA).
Eine erste Konsequenz der unterschiedlichen politischen Grundhaltungen der verschiedenen Aktionsgruppen zeigt sich 1975, als sich die Umweltbewegung aufspaltet in gemässigte Kräfte wie der GAK, der SPS, den Umweltorganisationen und den Gewerkschaften auf der einen und der GAgAK (gewaltfreie Aktion gegen Atomkraftwerk Kaiseraugst - eine Abspaltung der GAK) und den Gruppierungen bzw. Parteien der Neuen Linken auf der anderen Seite. Zu ihnen gehörten neben der POCH auch noch die Revolutionäre Marxistische Liga, die Sozialistische Basis, die Revolutionäre Gruppe Basel und einige andere. Sie warfen der Gegenseite auf Flugblättern vor, den Kampf gegen das Unrecht nicht mit letzter Konsequenz zu führen, weil sie "*den GAK in den Hosen*"(22) hätten. Für den radikalen Flügel war der Kampf für die Umwelt gleichzusetzen mit dem Kampf gegen den Kapitalismus und zielte auf eine "*Mobilisierung der Massen gegen das Kapital*"(23) ab.

3.2 Abriss der Geschichte der Grünen Partei

"*Am Anfang der Geschichte der Grünen Partei steht eine Autobahn*."(24)
Nachdem wegen eines umstrittenen Strassenprojekts im Kanton Neuchâtel viele enttäuschte Freisinnige, Liberale und Sozialdemokraten aus ihren Parteien ausgetreten sind, beschlossen sie im Dezember 1971 das Mouvement populaire pour l`environnement (MPE) zu gründen. Diese erfolgreiche Parteigründung, die auf grosses nationales Interesse gestossen war, fand bald Nachahmer.
Während die Parteien der Neuen Linken allmählich schwächer wurden, formierten sich immer neue grüne Parteigruppen und absorbierten grosse Teile ihrer Anhänger.(25) So wurde u.a. 1976 in Bern die Demokratische Alternative gegründet, 1978 die Grüne Partei Zürich ,1979 die Grüne Partei Nord-West-Schweiz und 1983 schliesslich die Föderation der Grünen Parteien der Schweiz, später GPS. Sie waren in allen Landesteilen aktiv und hatten 1985 zusammen 41 Sitze in den Kantonsparlamenten - im Vergleich dazu hatten die Parteien der Neuen Linken 46. 1989 war das Verhältnis bereits 140 (GPS und Grünalternative): 21 (POCH, PSA, SAP).(26)
Während sich die GPS offiziell über das Links-Rechts-Schema hinwegsetzen wollte, waren die Grünalternativen und verschiedene Grüne Bündnisse nicht bereit, dem Kommunismus eine Absage zu erteilen. Da die GPS und die restlichen grünen Parteien thematisch nur wenig voneinander abwichen, hatten die Grünalternativen bei Wahlen dort, wo die GPS ebenfalls antrat, einen schweren Stand, weil diese auch für Bürgerliche wählbar war.
Generell kann man sagen, dass die grünen Parteien bis zu den Nationalratswahlen 1987 noch als Bewegungsparteien in Erscheinung traten. So hatte erst 1/3 der GPS-Wählerschaft eine feste Bindung zur Partei und ebenfalls gut 1/3 ihres Rückhalts erhielt sie aus Kreisen, die allen Parteien kritisch gegenüberstanden.(27)
Vorwiegend jüngere Wählerschichten und Frauen gehörten zu ihren Wählern. Die GPS etablierte sich schliesslich Anfang der 90er Jahre als einzige grüne Kraft, die auf nationaler Ebene vertreten war und so eine Sogwirkung auf viele andere grüne Gruppierungen hatte.
Die Basis der grünen Politik war schon immer die nicht organisierbaren Interessen wie diejenigen der Natur und der Umwelt.(28)

22- Zitat aus: Flugblatt der Revolutionären Marxistischen Liga (RML): Bereits hört man die Kühltürme wachsen, aus: Sammlung von Kleinschriften des Schweizerischen Sozialarchivs in Zürich, zu: Atomkraftgegner (92.3C, QS:[1974?]).
23- Zitat aus: Flugblatt RML
24- Zitat aus: www.gruene.ch/d/portrait/entstehung.asp, 26.01.2005
25- Furrer, 1992, S. 49.
26- Stadlin, Paul: Die Volksvertretung im kantonalen Demokratieverständnis, in: Stadlin, Paul (Hrsg.): Die Parlamente der schweizerischen Kantone, Zug 1990.
27- Vgl. Vox-Analyse der Nationalratswahlen 1987, Februar 1988, Nr. 33.
28- Furrer, 1992, S.75

Die Betroffenheit wurde zum Auswahlkriterium im politischen Alltag, bis in die 60er Jahre eine sachlich-objektive Betroffenheit und später mit dem Aufkommen der Atomenergie eine subjektiv-moralische.(29)
Die grüne Politik auf lange Sicht stand damit aber oft im Gegensatz zur Funktionsweise einer modernen Demokratie, so überwog oft einfach die ablehnende Haltung, ohne dass die Partei konkret neue Wege und Zielsetzungen aufzuzeigen vermochte. Der Antimodernismus der Grünen akzeptierte die traditionellen Mittel der Modernisierung wie die Bürokratie oder Grosstechnologie im Gegensatz zu modernen Zielen wie der Gleichberechtigung der Frau und dem ökologischen Umbau von Gesellschaft und Wirtschaft nicht.(30)

4. Die Anti-AKW-Bewegung in der Schweiz

4.1. Die Schweiz und die Kernenergie

4.1.1 Anfängliche Ambitionen

Die Anfänge der Kernkraft in der Schweiz gehen zurück ins Jahr 1945. In diesem Jahr beauftragte der Bundesrat eine „Studienkommission für Atomenergie“ mit der Erforschung der Möglichkeiten dieser neuartigen Technologie. Somit war die Schweizer Kernenergiepolitik damals in den Händen der Wissenschaft. Diese betrieb in Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft intensive Forschung auf dem Gebiet der Kernenergie, unterstützt und finanziert durch den Bund.
Während sich die Kernenergiepolitik des Bundes in diesem Anfangsstadium auf die staatliche Förderung privater Aktivitäten beschränkte, kam es später zur Gründung einer ausgelagerten staatlichen Anstalt, dem EIR in Würenlingen. Genau wie in anderen Ländern war man in der Schweiz vom Ehrgeiz getrieben, einen „eigenen“ Reaktor zu entwickeln. Dieses von wissenschaftlicher Euphorie und unrealistischen Vorstellungen geprägte Ziel wurde schliesslich anfangs 1968 aufgegeben.

4.1.2 Schaffung gesetzlicher Grundlagen

Nichts desto trotz arbeitete man auf einen Einstieg der Schweiz in die Kernenergie hin. Bundesrat und Parlamentsmehrheit waren damals der „einhelligen Auffassung, dass die Nutzung der Kernenergie für die künftige Sicherstellung der Energieversorgung der Schweiz unausweichlich sei“.(31)
Die Rechtlichen Grundlagen dafür wurden Ende der fünfziger Jahre geschaffen, am 1. Juli 1960 trat das Atomgesetz (AtG) in Kraft. Kriesi hält fest, dass dieses Gesetz nicht auf eine Beschränkung abzielte, sondern für die Förderung der Kernenergie geschaffen war.(32)
Tatsächlich war das Gesetz stark von den Interessen der Kernenergie-Lobby geprägt. Zum einen wählte man eine grundsätzlich privatwirtschaftliche Lösung. Der Bund war zwar dazu verpflichtet, in einem Bewilligungsverfahren „die polizeilichen Erfordernisse zu prüfen“,(33) bei Erfüllung der notwendigen Voraussetzung hatte er aber die Bewilligung zu erteilen.(34)
Das Gesetz sah ausserdem keinerlei Beteiligung der Bürger bei der Bewilligung von Atomanlagen vor. Zum anderen wurde die Haftpflicht der Anlageninhaber auf 40 Mio Franken

29- van Hüllen, Rudolf: Ideologie und Machtkampf bei den Grünen, Bonn 1990, S. 66 f.
30 Altermatt, Urs: Paradigmawechsel. Neue Themen, neue Bewegungen, in: Blum, Roger / Ziegler, Peter (Hrsg.): Hoffnungswahl. 12 Stimmen zum eidgenössischen Wahlherbst 1987, Zürich 1987, S. 34
31- U.Fischer zitiert nach: Kriesi, Hanspeter, AKW-Gegner in der Schweiz, Diessenhofen 1982, S.13
32- Kriesi, AKW-Gegner, S.15
33- Kriesi, AKW-Gegner, S.14
34- Zu Recht bemerkte der Berner Nationalrat Giovanoli während der Vernehmlassung: „Die vom Bundesrat vorgeschlagene Lösung [...] führt zu einer grotesken Situation: Jedes Elektrizitätswerklein, das kleine Drahtseilbähnchen ins Marzili in Bern, benötigt eine Konzession. Warum lehnt man das gleiche für Atomkraftwerke ab?“ Zitiert nach Kriesi, AKW-Gegner, S.15

beschränkt. Für grössere Schäden sah das Gesetz Deckungsbeiträge durch den Bund vor. Somit stand den AKWs nichts mehr im Wege. Durch die liberale Gesetzgebung waren Bau und Betrieb der Kernkraftwerke zu einem demokratiefreien Raum geworden. Die Betreiber waren lediglich an sicherheitstechnische Auflagen gebunden und konnten ansonsten, mit staatlicher Unterstützung, ihre eigenen Pläne verfolgen.
Zu Beginn der Sechziger Jahre planten verschiedene Konsortien an zahlreichen Schweizer Standorten den Bau von Kernkraftwerken. Das schweizerische Atomprogramm umfasste zehn Projekte mit einem Umfang von je rund 2 Milliarden Franken: Beznau I und II, Mühleberg, Gösgen, Leibstadt, Kaiseraugst, Graben, Inwil, Verbois und Rüthi

4.2 Widerstand gegen die Atomkraft

4.2.1 Übersicht

Der Widerstand gegen Atomkraftwerke in der Schweiz begann sich zu Beginn der 1970er Jahre erst langsam zu formieren. Die Anti-AKW-Bewegung, die aus dem anfänglich zögerlichen Widerstand erwuchs, hatte verschiedene Höhen und Tiefpunkte und verlor sich irgendwann in den 80er Jahren in der Institutionalisierung. Zu Beginn der 90er Jahre wird es dann mit der Verhängung eines zehnjährigen Moratoriums definitiv still um sie. In der Wissenschaft wurde die Schweizer Anti-AKW-Bewegung verschiedentlich in mehrere Phasen unterteilt. Im Paper halten wir uns an den Vorschlag von Patrick Kupper, der folgende Dreiteilung vorschlägt:
1. Die Zeit vor 1969, in der nur vereinzelt Widerstand auftrat.
2. Die Zeit von 1969 bis 1975, in der sich die Konturen des Atomenergiekonflikts ausbildeten. Hier unterteilt Kupper zusätzlich in eine Frühphase bis 1973, in der die AKW nicht grundsätzlich bekämpft wurden und eine spätere Phase von 1973 bis 1975, in der sich der fundamentale Widerstand organisierte.
3. Die Zeit nach 1975, in der die pro und contra- Fronten waren sind und bereits sämtliche Argumente in die Diskussion eingeführt worden waren.(35)

4.2.2 Vor 1969: AKWs allgemein akzeptiert

Bis Ende der 1960er Jahre war die Opposition gegen die zivile Nutzung der Atomenergie kein öffentliches Thema. Warnende Stimmen waren selten, die frühen AKW-Gegner hatten grosse Schwierigkeiten überhaupt wahrgenommen zu werden. In der Öffentlichkeit war man sich darüber einig, dass die ‚friedliche Nutzung' der Atomenergie sehr positiv zu bewerten sei. Die Atomenergie wurde als Versinnbildlichung des Technischen Fortschritts schlechthin gesehen. Wie bereits oben erwähnt sagen sogar die Naturschutzverbände eine grosse Chance in ihr. So wurden denn auch die ersten drei Atomkraftwerke der Schweiz ohne nennenswerten Widerstand von Seiten der Bevölkerung erbaut und in Betrieb genommen.(36)

4.2.3 Die Jahre 1969 – 1975

Der erste Widerstand

Als Auslöser der ersten Welle des Misstrauens sieht Kupper den Bericht der Expertenkommission Baldinger. Diese Kommission war vom Bundesrat damit beauftragt worden, die Auswirkungen der Reaktorkühlung mit Flusswasser zu überprüfen. Im März 1969 präsentierte die Kommission ihren Bericht, aus dem die zuständigen Behörden „gewisse einschränkende Bedingungen für den Betrieb der Atomkraftwerke" folgerten. Der Bericht warnte vor einer zu starken Erwärmung der Gewässer durch die Kühlsysteme der Atomkraftwerke.
Die erste Region, in der sich der Protest regte, war Basel. Die Rheinstadt war durch ihre relative Nähe zum geplanten Standort Kaiseraugst direkt von allfälligen Auswirkungen des AKWs

35- Kupper, Patrick: Atomenergie und gespaltene Gesellschaft, Zürich 2003, S. 152.
36- Beznau I am 1. Januar 1970, Beznau II am 1. Januar 1972 und Mühleberg am 6. November 1972.

betroffen, ohne jedoch auf die Entscheidungsprozesse Einfluss nehmen zu können. Darüber hinaus gehört das von Basel her rund zehn Kilometer rheinaufwärts gelegene Kaiseraugst zum Kanton Aargau, weshalb allein dieser in den Genuss des zu erwartenden Steuersegens gekommen wäre.(37)
Die Basler Forderung nach Mitsprache wies der Bundesrat mit Hinweis auf das AtG ab. Die Basler Kantone fühlten sich übergangen, die zentralistische Atom-Gesetzgebung kollidierte mit den föderalistischen Strukturen. Die fehlenden politischen Möglichkeiten versuchten die Basler nun durch politischen Druck zu kompensieren. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, brachten sie nicht nur die Kühlwasserfrage öffentlich zu Sprache, sondern wiesen auch auf andere Probleme hin (Strahlengefahr, radioaktiver Abfall, etc.). So wurde 1969 der bis dahin nahezu unbestrittene Bau innert Monaten zum nationalen Politikum.
Auch in der Bevölkerung begann sich Unsicherheit zu verbreiten. Am 5. Mai 1970 organisierte sich der Widerstand im Raum Basel auf regionaler Ebene im bereits erwähnten Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen das Atomkraftwerk Kaiseraugst (NAK). Das NAK war die erste regionale Anti-AKW- Organisation der Schweiz. Es wurde in den folgenden Jahren „zum Sammelbecken der Opposition gegen das AKW Kaiseraugst".(38) Anfang 1972 zählte es bereits 1200 Einzelmitglieder sowie 14 Gemeinden als Kollektivmitglieder. Der Widerstand des NAK richtete sich in erster Linie gegen die Erstellung eines Kraftwerks in dichtbesiedeltem Gebiet und gegen die weltweit einmalige Häufung von Kernkraftwerken im Raum des Dreiländerecks.
Weitere Kritikpunkte waren die bereits oben erwähnte Gefahr der Gewässererwärmung, die durch die Flusswasserkühlung zu erwarten war. Dass der Bundesrat im März 1971 diese Flusswasserkühlung für noch nicht im Bau befindliche AKW verbot (also auch für das AKW Kaiseraugst), nahm dem Widerstand nicht den Wind aus den Segeln. Vielmehr mobilisierte die dadurch nötig gewordene Umprojektierung des AKWs Kaiseraugst neue Gegner; der Bau von zwei Kühltürmen gigantischen Ausmasses rief sowohl Natur- und Landschaftsschützer als auch die Tourismusbranche auf den Plan. Sie kritisierten vor allem die ästhetischen Mängel des neuen Projekts.
Dem frühen Widerstand lagen also weder atomaren Ängste zu Grunde, noch richtete er sich grundsätzlich gegen den Bau von Atomkraftwerken. Dies wurde auch explizit betont.(39) Vielmehr ging es den Akteuren um spezifische Merkmale des projektierten AKWs in Kaiseraugst, oder um das zentralistische Bewilligungsverfahren.
Die Interpretationsmuster bezüglich der Atomenergie begannen sich erst in den Jahren 1972/73 grundlegend zu ändern.

Entstehung fundamentaler Opposition

Im Frühjahr 1973 veröffentlichten ehrere Umweltverbände Stellungnahmen zum Atomkraftwerkbau. Die Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz (SGU) forderte, dass vor dem Bau weiterer Atomkraftwerke eine Gesamtenergiekonzeption ausgearbeitet werden müsse. Der WWF verlangte im Juni 1973 sogar ein Moratorium für die AKW-Projekte. Ein Jahr später verbreitete der Schweizerische Bund für Naturschutz (SBN) sein Manifest „Stop der Energieverschwendung".
In diesen Denkschriften wurde die Atomkraft erstmals in einem grösseren Kontext betrachtet. Im Wesentlichen drehten sich die Überlegungen um die Grenzen des Wachstums.(40) Eine der

37- Kommt hinzu, dass die Kantonshauptstadt Aarau dutzende von Kilometern von Kaiseraugst entfern liegt, geschützt durch die rund 1000 Meter hohe Hauensteinkette.
38- Kupper, Atomenergie, S. 120
39- Kupper weist darauf hin, dass man es sich als AKW-Gegner zu der Zeit nicht leisten konnte, diese Technologie grundlegend abzulehnen, ohne dadurch als Fortschrittsfeindlich abgestempelt zu werden und als Gesprächspartner auszuscheiden. Kupper, Atomenergie, S.121
40- So lautete auch der Titel einer berühmt gewordenen Publikation des IMT, die vom Club of Rome in Auftrag gegeben wurde. Der Bericht erschien im Frühling 1972 und löste weltweit Diskussionen aus.

Forderungen in der SGU-Stellungsnahme lautete: Wir müssen das *Wachstum des Energiekonsums abbremsen und jegliche Energieverschwendung verhindern* [...]. Damit wurde das Hauptargument für Atomkraftwerke, nämlich die Deckung des steigenden Energiebedarfs, in Frage gestellt. Wie bereits erwähnt, zeichnete sich ab, dass die Atomfrage in Zukunft nicht mehr isoliert würde betrachtet werden können. Unter dem neuen Blickwinkel der 70er Jahre verwandelte sich das technische Problem «Atomkraftwerk» in ein ökologisches, ein wirtschaftliches und ein soziales Problem, kurz in ein Problem, das die gesamte Gesellschaft betrifft.

Widerstand durch Aktion

Diese Erkenntnis wirkte sich auf die Mobilisierung der AKW-Gegner aus. Das Lager der AKW-Gegner erhielt Zulauf aus den verschiedensten Teilen der Gesellschaft. Im November 1973 betrat in der Region Basel die Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst (GAK) die Bühne des Geschehens. Diese Gruppierung war von der Erkenntnis geprägt, dass die bisherige Opposition darin gescheitert war, den Bau von Kaiseraugst auf dem Rechtsweg zu verhindern; im Sommer 1973 hatte das Bundesgericht in letzter Instanz sämtliche Beschwerden gegen das AKW Kaiseraugst abgewiesen und entschieden, dass Gemeinden bei der Standortfrage kein Mitspracherecht haben. Das Ziel der GAK war ein Baustop des AKW Kaiseraugst, bis in der betroffenen Region ein demokratischer Entscheid der Bevölkerung vorliegt. Dabei setzten sie auf das Mittel des gewaltfreien Widerstandes.

Bereits im Dezember 1973 machte die GAK mit einem „Probe Hock“ auf dem Baugelände in Kaiseraugst von sich reden. Rund 400 Personen aus der Region beteiligten sich an der Aktion, die in der ganzen Schweiz mediale Beachtung fand. Die GAK probte zum ersten Mal den Einsatz neuer Widerstandsformen, deren entscheidende Trägerin sie später innerhalb der Anti-AKW-Bewegung werden sollte.

Im Jahr 1974 wurden zahlreiche Aktionen gegen das AKW Kaiseraugst durchgeführt. Mit der Organisation eines Ostermarsches (mit mehreren dutzend Teilnehmer) stellte sich die GAK in die Tradition der Anti-Atomwaffen-Bewegung. Neben dem Ostermarsch rief die POCH Mitte Juni zu einem Volksmarsch zum Baugelände von Kaiseraugst auf, an dem etwa 500 Personen teilnahmen. Im Herbst folgten dann eine Kundgebung, die das Mobilisierungspotential der GAK erstmals sichtbar machte: rund 6000 Menschen kamen zu ihrer ersten Vollversammlung auf dem Baugelände des AKW Kaiseraugst.

Im Jahr 1974 wurde der Widerstand gegen die Atomkraftwerke aber weiterhin auch in den Institutionen geführt. In der Stadt Basel gab es einen Abstimmungskampf um die Beteiligung der Stadt am Kernkraftwerk Gösgen. Mit überraschender Deutlichkeit ging die Abstimmung zugunsten der AKW-Gegner aus. An der ablehnenden Haltung einer Mehrheit in der Region war nicht mehr zu zweifeln. Daneben sammelte die GAK Unterschriften für eine Petition an die Parlamente aller nordwestschweizerischen Kantone, welche im Januar 1975 eingereicht wurde. Die Petition verlangte, eine Volksabstimmung über das geplante AKW Kaiseraugst in den betroffenen Bezirken. Schliesslich wurde 1974 zum ersten Mal auch das Instrument der Initiative für die Ziele der AKW-Gegner eingesetzt.

Erster Höhepunkt: die Besetzung des Baugeländes

Trotz der eindeutig ablehnenden Haltung der Bevölkerung der Region hatte man Ende März 1975 in Kaiseraugst mit den Aushubarbeiten für das AKW begonnen. Aber die GAK sah nicht tatenlos zu: am 1. April 1975 besetzten unter ihrer Federführung rund 500 Personen(41) das Baugelände des Kernkraftwerkes. Anfangs ging man von einer versuchsweisen Besetzung während 6 Tagen aus. Es zeigte sich aber schnell, dass die Aktion in der ganzen Schweiz sehr viele Reaktionen auslöste. Am 6. April 1975, dem sechsten Tag der Besetzung, fand auf dem

41- Angabe aus der Baslerzeitung vom 2. April 1975. Eine abweichende Darstellung findet sich im Aargauer Tagblatt des selben Tages. Hier ist lediglich von 300 Personen die Rede.

besetzten Bauplatz eine Grosskundgebung statt. 15'000 Menschen folgen dem Aufruf und strömten nach Kaiseraugst. Aus der ganzen Schweiz trafen zudem Botschaften ein: mehr als 170 Parteien und Verbände, darunter auch die SP, bekundeten ihre Solidarität mit den Besetzern. So beschloss man, die Aktion weiterzuführen, bis die Forderungen erfüllt wären.
Zum einen wurde der sofortige Baustopp für das AKW Kaiseraugst verlangt. Zum anderen forderten die Besetzer Gespräche mit dem Bundesrat, um diesem die Anliegen der AKW-Gegner darlegen zu können.
In der Öffentlichkeit zeigte man aber nicht überall Verständnis für die Anliegen der Besetzer. Manch einer sah die Rechtsordnung gefährdet. Die Forderung nach einer zwangsweisen Räumung des Geländes durch interkantonale Polizeieinheiten wurde laut und in den Zeitungen diskutierte man sogar den Einsatz des Militärs. Vor allem die Neue Zürcher Zeitung und verschiedene Aargauer Blätter führten eine regelrechte Kampagne gegen die Besetzungsaktion.(42)
Demgegenüber hegte man zum Beispiel beim Tagesanzeiger oder bei der Basler Zeitung durchaus Sympathien für die AKW-Gegner in Kaiseraugst. Wichtig waren aber vor allem die Reaktionen von Motor Columbus, der projektierenden Firma, und der Behörden. Trotz der offenkundigen Rechtswidrigkeit der Aktion wollte man eine Konfrontation mit den Aktivisten vermeiden und suchte den Dialog.
So wurde die Besetzung am 14. Juni 1975, nach fast zweieinhalb Monaten, ohne Gewalteinsatz und freiwillig abgebrochen. Der Bundesrat hatte den AKW-Gegnern Gespräche angeboten und den sofortigen Baustop versprochen. Dieses Angebot wurde an der Vollversammlung, dem obersten Organ der Besetzer, am 7. Juni 1975 angenommen – gegen den Willen der radikalen Linken.
Die Bauplatzbesetzung in Kaiseraugst im Frühling 1975 war der (erste) Höhepunkt der schweizerischen Anti-AKW-Bewegung. Durch das bemerkenswerte Zusammenspannen unterschiedlichster Kräfte wurde eine erfolgreiche direkte Aktion möglich. Doch das Ende der Besetzung trug in sich den Keim für eine längere Krise der Bewegung.

Die Folgen der Besetzung
Die Besetzung hatte verschiedene, teils widersprüchliche Auswirkungen auf die weitere Entwicklung der Anti-AKW-Bewegung in der Schweiz. Auf der einen Seite wurde die heterogene Bewegung durch die Aktion vorläufig geeint: an der Besetzung beteiligten sich rund 40 Bürgerinitiativen und zahlreiche Gewaltfreie Aktionen. Schrören sieht in dieser Aktionseinheit „ein für die Schweiz einmaliges Experiment“.(43)
Die Wirkungen der Aktion gingen weit über die Grenzen der Region Kaiseraugst hinaus. Sie sensibilisierte die Bevölkerung für die Problematik der Kernenergie, was immer weitere AKW-Gegner mobilisierte. Der Widerstand beschränkte sich nicht länger auf die Region Kaiseraugst, sondern breitete sich in anderen Teilen des Landes aus. Überall in der Schweiz kam es zur Bildung von Unterstützungskomitees für die Besetzer. Zudem wurden in den Standortregionen weiterer geplanter AKWs neue Gewaltfreie Aktionen gegründet. Durch die direkte Aktion in Kaiseraugst wurde aus dem lokalen Widerstand eine nationale Bewegung.(44)
Paradoxerweise hatte die Besetzung gleichzeitig aber auch negative Folgen für die Bewegung. Nicht alle Besetzer unterstützten bei der Vollversammlung vom 7. Juni einen Abbruch der Aktion; die radikalen Linken forderten eine Weiterführung. Sie misstrauten den Versprechungen der Behörden und lehnten Verhandlungen als Alternative zur direkten Aktion ab. Diese Haltung weckte wiederum bei der GAK und dem NWA Misstrauen. Sie begannen sich immer stärker gegen die Radikalen abzugrenzen, weil sie um ihre Glaubwürdigkeit als Verhandlungspartner der Behörden bangten.

42- Im Aargauer Tagblatt vom 25. April 1975 wird „der grassierende Alkoholismus unter der illegalen Besatzungsmacht in Kaiseraugst“ angeprangert. Und die Neue Zürcher Zeitung doppelt nach: „Ein unverantwortlicher Seuchenherd. Schlimmste hygienische Zustände in Kaiseraugst.“

Nach der Räumung des Baugeländes in Kaiseraugst spitzten sich diese Gegensätze zu und so kam es im Juli 1975 zur offiziellen Spaltung der Bewegung in einen gemässigten Flügel um GAK und NWA und einen radikalen Flügel um die GAgAK.

4.2.4 Die Zeit nach 1975

Demobilisierung

Mit der Spaltung verlor die Bewegung ihre einheitliche Stossrichtung. An die Stelle eines gemeinsamen Vorgehens trat in der Folge ein Konkurrenzkampf der beiden Flügel um die Vorherrschaft in der Bewegung. Noch im selben Jahr begannen beide Flügel Unterschriften für politische Vorstösse auf nationaler Ebene zu sammeln. Am 20. Mai 1976 reichten die Gemässigten die 1. eidgenössische Atomschutz-Initiative(45) ein, welche die demokratisierung der Baubewilligungsverfahren für AKWs zum Ziel hatte. Die Radikalen versuchten es dagegen mit einer Petition für einen vierjährigen Baustop für AKWs. Diese wurde im August 1977 eingereicht. Obwohl sich auch die Radikalen an der Sammlung von Unterschriften für die Initiative beteiligten, wurde ihre Petition von den Gemässigten als spalterisch bezeichnet. Daneben schieden sich die Geister auch an den Ergebnissen der Gespräche zwischen AKW-Gegnern Und Bundesrat, welche zwischen Juli und November 1975 geführt worden waren (eine Folge der Bauplatzbesetzung). Der Bundesrat erklärte sich zwar zu weiteren Abklärungen über die meteorologischen und klimatischen Auswirkungen bereit. Es blieb aber bei mündlichen Zusagen, verbindlichen Erklärungen blieben aus. Je nach Vertrauen in die Behörden wurde dies unterschiedlich als Erfolg oder als Misserfolg gewertet.
Neben der Spaltung der Bewegung beschleunigten 1975/76 weitere Faktoren die Demobilisierung der AKW-Gegnerschaft. In der offiziellen AKW-Politik des Bundes kam es zu Verzögerungen. Engpässe bei den Bewilligungsbehörden hatten zur Folge, dass sich die Verfahren hinzogen und die Entscheidung für eine nukleare Bewilligung auf sich warten liess; vor 1977 konnte nicht damit gerechnet werden. Der Diskussion wurde so der nötige Zündstoff entzogen. Ganz allgemein liess sich ausserdem nach Monaten äusserster Anspannung eine Ermüdung der AKW-Gegner feststellen. Es gab keine grossen Demonstrationen mehr, der Protest gegen die AKWs ging zurück.

Zweiter Höhepunkt

Nach einer zweijährigen Krise erlangte die chweizerische Anti-AKW-Bewegung im Jahr 1977 ihre alte Stärke zurück. In diesem Jahr wurden erneut zahlreiche Aktionen durchgeführt. Nach einer Neujahrsdemonstration in Kaiseraugst brachte der Pfingstmarsch(46) einen bedeutenden Mobilisierungsschub. Entscheidend war dabei, dass der Pfingstmarsch von keiner der konkurrierenden Gruppen organisiert wurde, sondern auf Initiative weniger Einzelpersonen durchgeführt wurde. So konnte der ideologische Graben kurzfristig überwunden werden. Während drei Tagen marschierten zwischen 3000 und 7000 Personen mit, zur Schlusskundgebung vor dem AKW Gösgen finden sich rund 12'000 Menschen ein. Der Pfingstmarsch von 1977 war jedoch die letzte „Einheitsaktion“ der schweizerischen Anti-AKW-Bewegung. Anschliessend kam es zur zweiten Krise.
Die anhaltende Spaltung kommt während der Jahre 77 bis 79 in der doppelten Strategie der beiden Flügel zum Ausdruck. Die Gemässigten führten den Widerstand vermehrt auf juristischer und institutioneller Ebene. Man engagierte sich stark im Abstimmungskampf um die Atomschutzinitiative. Die Radikalen legten ihren Schwerpunkt auf die Aktion. Im Juni 1977

43- Schrören 1977 zitiert nach Kriesi, Atomgegner, S.30
44- Kriesi, Atomgegner, S.30
45 Atomschutzinitiative ‚zur Wahrung der Volksrechte und der Sicherheit beim Bau und Betrieb von Atomanlagen’
46 ursprünglich in Anlehnung an die Anti-Atomwaffen-Bewegung als Ostermarsch geplant, dann aber aus organisatorischen Gründen auf Pfingsten verschoben.

kam es zu zwei Besetzungsversuchen beim AKW Gösgen; am 25. Juni verhinderten 900 Polizisten unter Einsatz von Tränengas und Wasserwerfern das Stürmen des Baugeländes durch 2500 Demonstranten. In der folgenden Woche protestierte man an zahlreichen Kundgebungen in der ganzen Schweiz gegen das übertrieben harte Vorgehen der Polizei; am darauf folgenden Samstag scheiterte ein zweiter Besetzungsversuch mit 5000 Personen. Die Behörden hatten ihre Lehren aus den Vorfällen in Kaiseraugst gezogen.

Radikalisierung und weitere Zersplitterung

Die misslungenen Besetzungsversuche, die polizeiliche Gewalt und die Ablehnung der Atomschutz-Initiative im Februar 1979(47) hinterliessen Spuren im radikalen Flügel. Während die einen resignierten, führte die Frustration bei anderen zur Radikalisierung. Eine kleine Gruppe von AKW-Gegner reagierte militant, es kam zu einer Serie von Anschlägen gegen die Exponenten der Atomwirtschaft. In der Nacht nach der Ablehnung der Atomschutzinitiative wurde auf den Informationspavillon des AKWs Kaiseraugst ein schwerer Sprengstoffanschlag verübt, der diesen vollständig zerstörte. Im Herbst 1979 sprengten Radikale dann den Meteomasten des Kernkraftwerks Gösgen, das zu diesem Zeitpunkt bereits seinen Betrieb aufgenommen hatte. In Graben fällte man den Meteomasten durch Zersägen der Halteseile. Nach der Ablehnung des Referendums gegen die Revision des AtG(48) reagierten Militante mit Brandanschlägen auf Autos bekannter Exponenten der Atomwirtschaft. Im Januar 1980 folgte ein weiterer Brandanschlag auf das Ferienhaus eines Exponenten in Münchenstein (BL).
In den Jahren 1979 und 1980 kam es zu einer weiteren Zersplitterung der Schweizer Anti-AKW-Bewegung. Durch die Spaltung des Radikalen Flügels existierten in der Bewegung neu drei Flügel, die Radikalen werden dadurch geschwächt.

Weitere Initiativen und Demobilisierung

Im Verlauf der 80er Jahre nehmen die direkten Aktionen zunehmend ab, Kundgebungen werden seltener. Eine grosse Demonstration mit 20'000 Teilnehmern gab es noch im Jahre 1981, nachdem der Bundesrat dem Projekt AKW Kaiseraugst die Rahmenbewilligung erteilt hatte.(49) Diese Demonstration war die letzte bedeutende Mobilisierung der schweizerischen Anti-Atomkraftbewegung bis 1986. Anstelle der direkten Aktion trat nun wieder vermehrt der Widerstand auf dem institutionellen Weg. Auch die Radikalen verfolgten mittlerweile ihre Ziele vermehrt im Rahmen der Demokratie. Die anhaltende Spaltung wurde aber in der Verschiedenheit der lancierten Initiativen deutlich: während die Gemässigten eine Initiative für einen Baustopp für AKWs(50) und eine für eine alternative und realistische Energiepolitik(51) vorbereiteten, lancierten die radikalen "Stöppler" eine Initiative für einen rigorosen Baustopp und die Stilllegung der bereits in Betriebe genommenen AKWs.(52) Während letztere gar nicht zustande kam, scheiterten die beiden Initiativen der Gemässigten an der Urne.(53)

47- Am 18. Februar wurde die der Atomschutzinitiative ‚zur Wahrung der Volksrechte und der Sicherheit beim Bau und Betrieb von Atomanlagen' mit ganz knapp abgelehnt. 48% der Stimmenden und 8 2/2 Stände hatten die Initiative befürwortet.

48- 1978 hatte das Parlament einer parziellen Revision des Atom Gesetzes zugestimmt. Im Wesentlichen ging es um Demokratisierung der Prozeduren und die Einführung neuer Kriterien zur Genehmigung zukünftiger AKWs. Die Radikalen ergriffen das Referendum gegen die esetzesrevision, weil sie befürchteten, dass eine Annahme der Revision der Atomschutz-Initiative den Wind aus den Segeln nehmen würde. Die Gemässigten entschieden sich dafür, sich voll auf den Abstimmungskampf für die Initiative zu konzentrieren. Die Ablehnung des Referendums war eine schmerzliche Niederlage für den radikalen Flügel der Anti-AKW-Bewegung.

49- 28. Oktober 1981

50- Volksinitiative ‚für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke'

51- Volksinitiative ‚für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung'

52- Volksinitiative ‚für den Stopp des Atomenergieprogramms'

53- 23. Sept. 1984 : Ablehnung der Volksinitiative ‚für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke'. Ja- Stimmenanteil: 45%, 5 2/2 Stände Ablehnung der Volksinitiative ‚für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung'. Ja- Stimmenanteil: 45.8%, 5 2/2 Stände

1986 führte das Reaktorunglück in Tschernobyl zu einer unerwarteten Mobilisierung der Kernkraftgegner. Frucht dieser Renaissance waren zwei neue Initiativen: „Für den Ausstieg aus der Atomenergie“ und „Stopp dem Atomkraftwerkbau (Moratorium)“. Letztere wurde am 23. September 1990 mit einem Mehr von 54.5% Ja-Stimmen und 17 5/2 Ständen angenommen. Damit hatte die Anti-AKW-Bewegung den Bau weiterer Atomkraftwerke in der Schweiz vorläufig gestoppt. Die Annahme der Initiative führte zu einer Ruhephase der Anti-Atomkraft-Bewegung. Als Protestfront blieb den AKW-Gegnern das Problem der nuklearen Abfälle, das bis heute ungelöst ist.

4.3 Fazit

Verglichen mit anderen Anti-AKW-Bewegungen in Europa blieb ihr Einfluss in der Schweiz verhältnismässig gering.(54) Dies ist sicher auf die Spaltung der Bewegung in ein gemässigtes und ein radikales Lager zurückzuführen. Die Anti-AKW-Bewegung der Schweiz konnte aber einige wichtige Siege erringen. Schon nur die Verhinderung des Atomkraftwerks Kaiseraugst gegen den Willen der einflussreichen Atomlobby darf als grosser Erfolg gewertet werden. Und auch die gescheiterte Atominitiative war mehr als nur ein Achtungserfolg (49% Ja-Stimmen): das revidierte Atomgesetz trug alle Züge eines indirekten Gegenvorschlages zur Initiative und nahm einige Anliegen der AKW-Gegner auf. Damit und mit dem erfolgreich initiierten Moratorium konnte die Anti-AKW-Bewegung in der Schweiz eine starke Verzögerung der Realisation der schweizerischen Kernkraftpolitik erreichen. Von den zehn ursprünglich geplanten AKWs ist „nur“ die Hälfte realisiert worden. Die anderen Projekte wurden von den Planern der Energiewirtschaft spätestens nach der Verhängung des Moratoriums aufgegeben.

54- Giugni, Marco/ Passy, Florence: Zwischen Konflikt und Kooperation. Die Integration der sozialen Bewegungen in der Schweiz, Zürich 1999.

5. Anhang

Tabelle 1: Eidgenössische Volksinitiativen der Anti-AKW-Bewegung.
(Quelle: http://www.admin.ch/ch/d/pore/vi/index.html)

Vorlage	Lancierung	Abstimmung	% Ja
Zur Wahrung der Volksrechte und der Sicherheit beim Bau und Betrieb von Atomanlagen	1975	18.2.1979	48.8
Für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke	1980	23.9.1984	45.0
Für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung	1980	23.9.1984	45.8
Für den Stopp des Atomenergieprogramms	1980	*gescheitert*	
Für den Ausstieg aus der Atomenergie.	1987	23.9.1990	47.1
Stopp dem Atomkraftwerkbau (Moratorium)	1986	23.9.1990	54.5
MoratoriumPlus – Für die Verlängerung des Atomkraftwerk-Baustopps und die Begrenzung des Atomrisikos	1998	18.5.2003	41.6
Strom ohne Atom – Für eine Energiewende und die schrittweise Stilllegung der Atomkraftwerke	1998	18.5.2003	33.7

6. Bibliographie

Literatur

Altermatt, Urs: Paradigmawechsel. *Neue Themen, neue Bewegungen*, in: Blum, Roger / Ziegler, Peter (Hrsg.): Hoffnungswahl. 12 Stimmen zum eidgenössischen Wahlherbst 1987, Zürich 1987.
Brand, Karl-Werner: *Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik*, Frankfurt/Main 1983.
Brüggemeier, Franz-Josef: *Tschernobyl, 26. April 1986: Die ökologische Herausforderung*. 20 Tage im 20. Jahrhundert, München 1998.
Furrer, Markus: *Die neue Opposition in der Urschweiz in den 1970er und 1980er Jahren*, Zürich 1992.
Giugni, Marco/ Passy, Florence: *Zwischen Konflikt und Kooperation. Die Integration der sozialen Bewegungen in der Schweiz*, Zürich 1999.
Gut, Bernardo: *Kaiseraugst. Chronologie*, 2. Erweiterte Auflage, Arlesheim 1975.
Huber, Joseph: *Soziale Bewegungen*, in: Zeitschrift für Soziologie, H. 6, Stuttgart 12/1988.
van Hüllen, Rudolf: *Ideologie und Machtkampf bei den Grünen*, Bonn 1990.
Kriesi, Hanspeter: *AKW-Gegner in der Schweiz*, Diessenhofen 1982.
Kupper, Patrick: *Atomenergie und gespaltene Gesellschaft,* Zürich 2003.
Lübbe, Hermann: *Der Lebenssinn in der Industriegesellschaft*, Berlin/Heidelberg 1990.
Schweizerische Vereinigung für politische Wissenschaft (Hrsg.): *Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft*, Band 21, Bern 1981
Stadlin, Paul: *Die Volksvertretung im kantonalen Demokratieverständnis*, in: Stadlin, Paul (Hrsg.): Die Parlamente der schweizerischen Kantone, Zug 1990.
Walter, François: *Bedrohliche und bedrohte Natur. Umweltgeschichte der Schweiz seit 1800*, Zürich 1996.
Zwicky, Heinrich: *Umwelt als Aktivierungsgrund. Politische Aktivierungsereignisse zu Umwelt-, Verkehrs- und Wohnfragen in der Schweiz, 1945 - 1989*; Bericht 12 des NFP "Stadt und Verkehr", Zürich 1993.

Quellen

Neue Zürcher Zeitung, 05. August 1977.
Sammlung des Schweizerischen Sozialarchivs in Zürich, zu: Atomkraftgegner (QS / ZA 92.3C)
Homepage der grünen Partei der Schweiz: www.gruene.ch